

Der Staatsminister

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
16-0141.50/1818.

Dresden, 4. Februar 2011

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Kleine Anfrage der Abgeordneten Kerstin Köditz, Fraktion DIE LINKE
Drs.-Nr.: 5/4676
Thema: Verbindungen der sächsischen NPD zu österreichischen Neonazis

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind nachfolgende Ausführungen vorangestellt:

„Nach Angaben der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 27. Dezember 2010 betreut ein Chemnitzer Funktionär der NPD, ‚der eine Internetfirma betreibt und in einschlägigen Foren unter dem Pseudonym »Dr. Brandt« schreibt‘, das österreichische Neonaziportal »alpendonau.info«. Gegen die Gruppierung hinter diesem Portal laufen gegenwärtig Ermittlungen in Österreich. ‚Nach Angaben des früheren Linzer Kriminalpolizisten Uwe Sailer bestehen seit 2006 enge Kontakte zwischen Neonazis aus Chemnitz und Österreich. »Vor allem zwischen >Dr. Brandt< und dem Österreicher Gottfried Küssel gibt es einen regen Austausch«, sagte Sailer.‘ (ebd.) Küssel sowie dessen langjähriger Weggefährte Hans-Jörg Schimanek jun. traten am 6. Juni 2009 zum Thema ‚Deutschtum in Österreich‘ ‚als Redner auf einer Veranstaltung der neonazistischen ‚Freien Kräfte Leipzig‘ in Erscheinung und besuchten gemeinsam das Ulrichsbergtreffen in Kärnten. Heute ist Schimanek jun. als Geschäftsführer bei einer Baufirma in Leipzig eingetragener.‘ (Standard vom 16. November 2010) An letztgenanntem Treffen nahm gemeinsam mit beiden auch ein bekannter Leipziger Neonazi teil.“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Fragestellerin verwendet in den Fragen der Kleinen Anfrage den Begriff „extreme Rechte“. Für die Beantwortung wird insoweit auf die Vorbemerkung Nummer 2 in der Antwort auf die Große Anfrage, Drs. 4/14661, verwiesen.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

Telefon +49 351 564-0
Telefax +49 351 564-3199
www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-Str. 4 melden.

*Kein Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte elektronische Dokumente.

Der Staatsregierung liegen weitere Erkenntnisse vor, deren Mitteilung jedoch überwiegende Belange des Geheimschutzes (Art. 51 Abs. 2 SächsVerf) entgegenstehen. Es handelt sich dabei um Informationen, die gemäß Nummer 8 in Verbindung mit den Nummern 3.3 und 3.4 der Verwaltungsvorschrift der Sächsischen Staatsregierung über die Behandlung von Verschlussachen vom 4. Januar 2008 (SächsABl. Sonderdruck Jg. 2008) als Verschlussache eingestuft wurden. Die Einstufung erfolgte zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen und zum Schutz nachrichtendienstlicher Zugänge. Die Informationen sind durch nachrichtendienstliche Mittel (§ 5 Abs. 1 SächsVSG) erlangt worden. Die Weitergabe dieser Informationen, die mit Blick auf die wiederholte und räumlich umfassende Fragestellung den gesamten Phänomenbereich abdecken, würde die eingesetzten Methoden der Nachrichtenbeschaffung den im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zu beteiligenden Personen offenbaren oder Rückschlüsse auf die Art nachrichtendienstlicher Zugänge ermöglichen und somit die Arbeitsfähigkeit des LfV Sachsen gefährden. Im Falle des Einsatzes von Personen nach § 5 Abs. 1 SächsVSG stehen zudem Rechte Dritter im Sinne von Art. 51 Abs. 2 SächsVerf entgegen. Diese Personen wären bei einer Mitteilung in ihren Grundrechten auf Leben, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit der Person gefährdet. Die Staatsregierung trifft eine Schutzpflicht gegenüber ihren nachrichtendienstlichen Quellen und sie hat insoweit jegliche Handlungen zu unterlassen, die zu einer Enttarnung der Quelle führen können.

Darüber hinaus ist das Vertrauen in die Fähigkeit eines Nachrichtendienstes, die Identität seiner Quellen zu schützen, für seine Funktionsfähigkeit essentiell. Die Mitteilung von Erkenntnissen im gewählten Verfahren, die Rückschlüsse auf nachrichtendienstliche Zugänge zulassen, würde sich nachhaltig negativ auf die Fähigkeit des LfV Sachsen auswirken, solche Zugänge zu gewinnen bzw. solche Kontakte fortzuführen.

Diese teils dauerhafte Beeinträchtigung von Rechtsgütern war mit dem Informationsinteresse der Abgeordneten abzuwägen. Die Abwägung ergab, dass dem Geheimschutz und dem Schutz der Rechte Dritter Vorrang vor dem Informationsanspruch der Abgeordneten zukommt.

Die Staatsregierung hat in die Abwägung einbezogen, ob andere Formen der Informationsübermittlung möglich sind, die das Informationsinteresse des Parlaments unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Regierung befriedigen. Mit Blick auf den im Rahmen der Beantwortung zu beteiligenden Personenkreis kam die Staatsregierung zu dem Ergebnis, dass der erforderliche Geheimschutz sowie der Schutz Dritter nur dann hinreichend gewährleistet werden kann, wenn die Informationsübermittlung unterbleibt.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Parlamentarischen Kontrollkommission auf deren Verlangen weitergehende Auskunft erteilt wird.

Frage 1:

Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zur Zusammenarbeit der sächsischen NPD, einzelner Regionalgliederungen der Partei oder Parteimitgliedern mit Strukturen der extremen Rechten in Österreich?

Darüber liegen keine Erkenntnisse vor.

Frage 2:

Welche Veranstaltungen der extremen Rechten mit österreichischen Referenten in Sachsen bzw. sächsischen Referenten in Österreich haben seit 2004 stattgefunden? (bitte einzeln mit Datum, Teilnehmerzahl, Ort und Veranstalter angeben)

Datum	Ort	Veranstalter	Teilnehmer	Veranstaltung
28.04.2007	Oberwiesenthal	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	*	Vortragsveranstaltung
18.07.2008	Görlitz	NPD	ca. 45	Vortragsveranstaltung
19.07.2008	Oberwiesenthal	NPD	ca. 60	Vortragsveranstaltung
20.07.2008	Dresden	NPD	ca. 40	Vortragsveranstaltung
Oktober 2009	Chemnitz	NPD	*	Vortragsveranstaltung
12.11.2009	Chemnitz	NPD	*	Vortragsveranstaltung

* Kann nicht genannt werden oder ist nicht bekannt.

Es liegen weitere Erkenntnisse vor, die aus Gründen, die in der Vorbemerkung dargelegt sind, nicht mitgeteilt werden können.

Frage 3:

Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Fälle technischen Supports durch sächsische Aktivisten der extremen Rechten für Aktivisten der extremen Rechten in Österreich?

In der Publikation „Gamma 189“, Ausgabe Winter 2010/2011, wird angeführt, dass ein ehemaliger Funktionär der NPD aus Chemnitz einer der Administratoren der von Rechtsextremisten aus Österreich betriebenen Internetseite „alpen-donau.info“ sei.

Auf der Internetseite „npd-blog.info“ wird in einem Artikel vom November 2010 berichtet, dass an der Erstellung der Homepage „Personen aus dem Umfeld der NPD in Sachsen, vor allem aus dem Raum Chemnitz bzw. im Umkreis eines rechtsextremen Versandhandels in Halle (Sachsen-Anhalt)“ an der Erstellung der Homepage beteiligt seien.

Weiterführende Erkenntnisse liegen nicht vor.

Frage 4:

Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die Zusammenarbeit zwischen Leipziger Angehörigen der extremen Rechten mit Hans-Jörg Schimanek jun. bzw. weiteren ausländischen Kadern der extremen Rechten, die ebenfalls für das Firmengeflecht arbeiten oder arbeiteten, für das auch Schimanek tätig ist?

Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

Frage 5:

Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen, damit verhindert werden kann, dass der frühere Einfluss der genannten österreichischen Neonazis in Ostdeutschland und speziell in Sachsen wieder hergestellt wird.

Das LfV Sachsen steht in Kontakt mit dem für ausländischen Rechtsextremismus und dem Kontakt zu ausländischen Nachrichtendiensten zuständigen Bundesamt für Verfassungsschutz.

Mit freundlichen Grüßen


Markus Ulbig